

tionen erhält, hatte sich 1971 nach einem Sanktionsbeschluß des Welt-sicherheitsrates gegen Südafrika und einer Intervention der Regierung Brandt aus einem Vertrag zurückziehen müssen, der ihr 40 Prozent der Anteile am Uranbergwerk Roessing in dem zwischen den UN und Südafrika umstrittenen Territorium Namibia (früher Deutsch-Südwest) sicherte. Gleichwohl bezieht die Urangesellschaft, der Südafrika noch immer eine Option auf eine Kapitalbeteiligung an Roessing offenhält, nach jüngsten Erkenntnissen, die das Kabinett erstaunt vernahm, „einen erheblichen Teil“ ihrer Uranimporte aus der umstrittenen namibischen Mine — über einen Zehn-jahresvertrag mit dem Londoner Unternehmen Rio Tinto Zinc.

Die jetzt ruchbar gewordenen Notizen des Diplomaten Sole, nach denen die Urangesellschaft heimlich auch noch Investitions-Kapital in die süd-afrikanische Uranmine steckte, veranlaßte die Bonner, eine Untersuchung zu verlangen, die den Sachverhalt und die Beteiligung der zuständigen Beamten an den Geschäften prüfen soll.

Südafrika-Botschafter Sole ist unterdessen zuversichtlich, daß auch die geplante Zusammenarbeit seiner Landsleute mit der Essener Steag in absehbarer Zeit, obwohl in Bonn noch Probleme „innerhalb der Regierung überwunden werden müßten“, doch zustande kommt.

Tatsächlich, so schrieb der Botschafter am 2. Oktober 1974, „unterstützen“ die Staatssekretäre Haunschild und Rohwedder auch den Plan einer „deutsch-südafrikanisch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie“ — ein Vorhaben, dessen Existenz Haunschild rundweg bestreitet, während Rohwedder immerhin von „ein paar Gesprächen“ weiß.

Perser und Südafrikaner zumindest sind sich schon einig. Letzte Woche schlossen sie ein langfristiges Geheimabkommen. Der Iran finanziert den Südafrikanern die Hälfte (zwei Milliarden Mark) der Baukosten für die Urananreicherungsanlage, die mit Steag-Hilfe gebaut werden soll. Im Austausch erhalten die Perser 14 000 Tonnen angereichertes Uran — „genug, um 100 Kernkraftwerke für den Rest des Jahrhunderts zu befeuern“, wie ein amerikanischer Experte errechnet.

Daß die Südafrikaner den Brennstoff nach einheitlicher Ansicht der Fachwelt in einem allerdings zeitraubenden Verfahren auch für militärische Zwecke weiterverarbeiten könnten, stört ihre Geschäftspartner nicht — auch nicht die Steag.

Steag-Chef Schulte letzte Woche: „Die Bombe hat Südafrika frühestens 1995. Bis dahin haben wir da sicher andere politische Verhältnisse.“

## AFFÄREN

### Plötzlich Zweifel

**Die Justiz befaßt sich mit der Frage, ob und inwieweit Oppositionsführer Karl Carstens in illegale BND-Waffengeschäfte verstrickt war.**

CDU/CSU-Fraktionschef Karl Carstens fand, daß einige Sozialdemokraten es gelegentlich mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen — „um es ganz brutal zu sagen“.

Er sagte es im Herbst vergangenen Jahres vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß des Bundestages. Ein Jahr später kehrt sich der Carstens-Spruch gegen ihn selbst.



Carstens vor dem Guillaume-Ausschuß: „Zum erstenmal davon gehört“

Der „Mann mit der weißesten Weste, die es je gab“ (CDU-MdB Jürgen Wohlrabe), hatte vor dem Untersuchungsausschuß zunächst rundweg abgestritten, als Chef des Kanzleramtes unter Kurt Georg Kiesinger (1968/69) etwas von einer Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes (BND) an Waffengeschäften gewußt zu haben. Carstens vor den parlamentarischen Ermittlern: „Ich muß sagen, daß ich davon heute zum erstenmal höre.“

Wenige Wochen später wurde er kleinlaut. Bei der Durchsicht alter Kanzleramtsakten stellte sich nämlich heraus, daß BND-Chef Gerhard Wessel im Juli und August 1969 sowohl mündlich als auch schriftlich den damaligen Kanzleramts-Staatssekretär Carstens über die Aktivitäten des BND bei Waffengeschäften in den Jahren 1964 bis 1967 informiert hatte. Carstens konnte nun nicht länger leugnen, daß er zwei Vermerke darüber abge-

zeichnet und sogar mit Randbemerkungen versehen hatte.

Inzwischen kam noch mehr ans Tageslicht. Akten des Bonner Landgerichts weisen aus, daß Carstens schon als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (von 1960 bis 1966) und des Verteidigungsministeriums (von 1966 bis 1967) über die Rolle des BND bei den illegalen Transaktionen der Bonner Waffenhandelsfirma Merex (Inhaber Gerhard Georg Mertins) unterrichtet gewesen sein muß. Die Bonner Richter hatten mehrere ehemalige BND-Mitarbeiter vernommen und ermittelt, daß die Merex mit gefälschten Papieren und auf Umwegen Waffen in die Spannungsgebiete Saudi-Arabien, Indien und Pakistan geliefert und damit gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und

das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen hatte.

Merex handelte dabei zwar auf eigene Rechnung, nicht aber auf eigene Faust. Der BND habe, so das Gericht, die Waffenlieferungen stets „mit den zuständigen Ressorts“ in Bonn besprochen und sich dann um einen „reibungslosen Ablauf“ bemüht.

Der Kreis der Eingeweihten in den Bonner Ministerien war klein. Er beschränkte sich auf die zuständigen Referenten und die Staatssekretäre des AA, des Verteidigungs-, Wirtschafts- und Verkehrsministeriums. In einer Stellungnahme des BND für den Chef des Bundeskanzleramtes vom Dezember 1973 heißt es verkläuselt, die Beteiligung der Bonner Ministerien habe sich „bis zur Staatssekretärsbene“ erstreckt, in einzelnen Fällen habe der Bundesnachrichtendienst auch das Bundeskanzleramt schriftlich unterrichtet.

Der ehemalige BND-Regierungsdirektor und Strauß-Freund Erwin Hau-

schildt erinnerte sich, so ein informierter Beamter, sogar noch genauer. Er sagte aus, der Vorschlag, die Waffenslieferungen an Saudi-Arabien über den Iran laufen zu lassen, sei seines Wissens vom AA gekommen. Auch über die Waffengeschäfte mit Indien und Pakistan seien Auswärtiges Amt, Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium „zu einem sehr frühen Zeitpunkt“ informiert worden. Staatssekretär des AA und später des Verteidigungsministeriums war in diesen Jahren der Mann, der von alledem bis 1974 nichts gewußt haben will: Karl Carstens.

Auch in einem zweiten Fall litt der heutige CDU/CSU-Fraktionschef unter einem bemerkenswerten Gedächtnisschwund. Vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß hatte er noch im Oktober 1974 erklärt, der Name Dobbertin, Hamburg, sage ihm gar nichts. Doch einige Wochen später kamen ihm plötzlich Zweifel. Er bat noch einmal um Durchsicht alter Kanzleramtsakten und mußte dabei feststellen, daß er, Carstens, auf Vorschlag von BND-Wessel im Frühjahr 1969 einen Geheimdienst-Mitarbeiter beurlaubt hatte, damit dieser einen führenden Posten bei der mit Waffengeschäften befaßten Hamburger Firma Dobbertin übernehmen konnte. Öffentlich korrigierte Carstens seine frühere Aussage bisher nicht. Seinem Bonner Anwalt Hans Dabs aber teilte er mit, er habe sich geirrt: Die Firma Dobbertin sei ihm während seiner Tätigkeit als Kanzleramtschef „genannt“ worden.

Über den Beurlaubten sagte Carstens seinem Anwalt zwar nichts, aber auch der dürfte ihm nicht unbekannt gew-

sen sein. Es handelte sich um Hauschildt, der seit Mitte der sechziger Jahre, damals noch unter dem Decknamen Dr. Köster, gemeinsam mit Merex-Chef Mertins die Waffenslieferungen der Firma an Saudi-Arabien, Indien und Pakistan organisiert hatte.

Nach diesen aktenkundigen Erkenntnissen muß Carstens, der als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß auf die Konsequenzen einer falschen Aussage hingewiesen worden war, nun damit rechnen, daß die Richter sich mit ihm befassen: In einem Rechtsstreit zwischen Carstens und dem stellvertretenden SPD-Fraktionschef Günther Metzger soll am 28. Oktober vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts Bonn geklärt werden, ob der CDU/CSU-Fraktions-Vorsitzende vor dem Untersuchungsausschuß wirklich alles gesagt hat, was er wußte. Der Beweis dürfte ihm schwerfallen.

Im Strafverfahren gegen Merex-Boß Mertins und seine Mitarbeiter am 20. November vor der 4. Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn haben die Richter sogar zu entscheiden, ob sich Carstens und andere Spitzenbeamte der Regierung Ludwig Erhard (1963 bis 1966) durch ihre direkte oder indirekte Billigung der Waffengeschäfte strafbar gemacht haben. Auch hier sieht es für Carstens und seine ehemaligen Staatssekretärs-Kollegen nicht gut aus. Die Staatsanwaltschaft Bonn vertritt in dem Verfahren gegen Mertins den selbstverständlichen Standpunkt, daß in einem Rechtsstaat auch höchste Regierungsstellen sich über die bestehenden Gesetze nicht hinwegsetzen können.

## INDUSTRIE

### Heilige Eide

**Der Welt-Stahlindustrie geht es schlecht. Mit Schleuderpreisen unterbieten sich die Konkurrenten gegenseitig.**

Im „Salon Independencia“ des Sheraton-Hotels „Maria Isabel“ in Mexico City rangen letzte Woche über 300 Stahlmanager aus aller Welt um Verständigung: Die zum 9. Treffen des „International Iron and Steel Institute“ von Laienhand installierte Simultan-Dolmetscheranlage war ausgefallen, eine aus Europa eilig herbeigeflogene Ersatztechnik vom Zoll beschlagnahmt worden.



**Stahlindustrieller Korf**  
Weihnachtsferien im November

## Das Geheimgespräch Strauß/Kohl

Von Daniel Doppler

Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen im Umfeld der Bonner CSU-Landesgruppe wurden uns Zeitplan und Verlauf des Geheimgesprächs zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß zugespielt. Danach läßt sich folgender Hergang rekonstruieren.

**Dienstag, 14. Oktober:** Im Münchner Parteibüro der CSU geht ein Schreiben von Kohl ein, in dem der CDU-Vorsitzende höflich, aber bestimmt ersucht, telephonisch die zweite Vorzimmerdame von Strauß persönlich sprechen zu dürfen. Dem Kanzlerkandidaten wird darauf durch einen Mittelsmann bedeutet, er solle einen Mann seines Vertrauens um 18.30 Uhr zum Würzburger Hauptbahnhof schicken und auf Gleis drei auf den einlaufenden TEE „Blauer Enzian“ aus München achten. Als Erkennungszeichen sollte der Kontaktmann ein braunes Paket bei sich führen.

**Dienstag, 14. Oktober, 18.30 Uhr:** Aus dem Münchner Schnellzug steigen zwei Männer in Regenmänteln und übernehmen das Paket. Nachdem sie den Inhalt verstohlen als den Skalp Biedenkopfs identifiziert haben, überreichen sie eine Zeitung. „Kreuzworträtsel“, flüstert der eine.

**Dienstag, 14. Oktober, 22.00 Uhr:** Kohl findet in dem Kreuzworträtsel das Wort für einen bayrischen Wallfahrtsort sowie den Hinweis „Flaschenpost“.

**Mittwoch, 15. Oktober, 6.00 Uhr:** In Mainz fischen Kohl-Vertraute eine Flasche aus dem Rhein. Inhalt: ein Kassiber, in dem Kohl ersucht wird, sich am gleichen Tag an einer bestimmten Waldschneise im Hunsrück einzufinden.

**Mittwoch, 15. Oktober, 15.00 Uhr:** Kohl wird im Wald von drei Ver-

mumteten in Empfang genommen, die seine Taschen nach Katzer-Zitaten und dem Ahlener Programm absuchen. Kohl werden die Augen verbunden, dann wird er verladen. Seine Haltung dabei ist entschlußfreudig, würdig und bestimmt.

**Mittwoch, 15. Oktober; Donnerstag, 16. Oktober:** Die Nacht verbringt der Vorsitzende gefesselt in einer Mülltonne (Ort unbekannt). Jedoch soll er sich standhaft geweigert haben, sich mit diversen Exemplaren des „Bayernkurier“ bedecken zu lassen. Einer seiner Bewacher: „Seien Sie froh, daß wir Sie nicht im Regen stehenlassen haben!“

**Donnerstag, 16. Oktober, 7.00 Uhr:** Kohl wird mit dem Bayerischen Defiliermarsch geweckt. Dann wird ihm ein Bart vors Gesicht gehängt, Erbsen werden in seine Schuhe gefüllt. Fünf Stunden muß er nun zu Fuß nach Altötting pilgern, wobei er bei jedem Wegmarkerl Worte aus dem „Bayernkurier“ verlesen bekommt. Kohls Gesicht verbirgt eisern jeden Schmerz.